



Année 2009

Concours d'entrée en 1^{ère} année

Epreuve d'ALLEMAND

Durée : 1 Heure 30

Coefficient : 6

N.B.: Ce document comporte 4 pages.

Weltklimakonferenz in Poznan .

"Ein schwarzer Tag"

Jörg Michel

Berlin - Auf Weltklimakonferenzen gibt es ein Ritual. Jeden Tag verleihen Umweltschützer aus aller Welt dort den negativen Preis "Fossil des Tages". Damit werden jene Länder ausgezeichnet, die sich nach Meinung der Klimaschützer besonders als Bremser hervorgetan haben. Zu den Preisträgern gehörte zum Beispiel US-Präsident George W. Bush, weil er sich lange weigerte, den Klimawandel zur Kenntnis zu nehmen. Die Regierung Australiens bekam den Preis, weil sie bis vor Kurzem noch der Meinung war, die Erderwärmung gehöre ins Reich der Fantasie.

In Poznan gab es diese Woche eine Premiere: Zum ersten Mal wurde auf einer Klimakonferenz ein deutscher Regierungschef "prämiert". Angela Merkel durfte sich mit dem Titel Fossil schmücken, weil sie nach Meinung der Organisationen in den letzten Wochen durch eine besonders rückwärtsgewandte Politik aufgefallen war. "Merkel hat sich früher als Klimakanzlerin bezeichnet", erklärten die Aktivisten. "Jetzt wird sie zu einer Waffe zur Klima-Zerstörung."

Ausnahmen für Industrie

Das mag ein wenig übertrieben sein. Doch gestern wurde die Laune der Umweltschützer nicht besser. Die Konferenz in Poznan ging ohne greifbare Ergebnisse zu Ende und in Brüssel setzte sich Merkel mit ihren Bedenken gegen zu viel Klimaschutz durch. Von einem "schwarzen Tag für das Weltklima", sprach Regine Günther vom WWF. Für Hubert Weiger vom Bund für Umwelt- und Naturschutz hat Europa seine Rolle als Vorreiter im Kampf gegen die Erderwärmung nun verspielt.

Zwar gelang den EU-Mitgliedstaaten in Brüssel nach langem Streit am Ende doch noch ein Kompromiss. Der französische Staatspräsident Nicholas Sarkozy sprach von einem "historischen Tag". Merkel selbst zeigte sich "hoch zufrieden". Nach dem Willen der EU soll der Ausstoß von Treibhausgasen europaweit bis 2020 auf 20 Prozent unter das Niveau von 1990 fallen. Um die einheimischen Industrien und die Länder Osteuropas zu schonen, wurden am Ende aber so viele Ausnahmen beschlossen, dass völlig offen ist, ob diese Ziele überhaupt realistisch sind. "Das Ziel der EU, die globale Temperaturerhöhung auf zwei Grad zu begrenzen, wird mit diesem Paket nicht erreicht", erklärte WWF-Expertin Günther.

Die Kanzlerin hatte sich in Brüssel insbesondere für die Interessen der deutschen Schwerindustrie stark gemacht. Das betrifft vor allem den Emissionshandel. Branchen mit hohem Energieverbrauch können ihre Verschmutzungsrechte nun weiter umsonst bekommen, wenn sie die bestmögliche Technik einsetzen. Ursprünglich wollte die EU-Kommission alle Zertifikate schrittweise verkaufen, um mit den Geld Klimaschutzprojekte zu finanzieren. Anders als von der Kommission geplant, müssen auch die Stromhersteller in Osteuropa ihre Rechte erst ab 2020 kaufen. Davor gelten großzügige Übergangsregelungen. Länder mit vielen Kohlekraftwerken sollen über einen Extrafonds zusätzliche Gelder für die Umstellung ihrer Energieversorgung erhalten.

Ärger über Polen

Außerdem will die EU Investitionszuschüsse für den Bau neuer Kraftwerke ermöglichen. Diese Förderung sollen auch konventionelle Kraftwerke auf Kohlebasis erhalten können. Die EU will es ihren Mitgliedsländern ferner erlauben, mehr als die Hälfte ihrer Minderungsverpflichtungen nicht bei sich zu Hause, sondern im Ausland zu tätigen. "Als Europäer muss man sich für dieses mickrige Ergebnis schämen", sagte der Klimaschutzexperte der Grünen, Reinhard Loske. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) bezeichnete die Beschlüsse in Poznan dagegen als positiv für Klima und Arbeitsplätze.

In der polnischen Stadt waren zuvor nach zwölf Tagen schwieriger Verhandlungen kaum Fortschritte auf dem Weg zu einem neuen globalen Klimaschutzabkommen erzielt worden. Auf konkrete Ziele konnte man sich wie erwartet aber nicht verständigen. Viele Delegierte zeigten sich vom Verlauf in Poznan enttäuscht. Ärger gab es besonders über die polnische Verhandlungsführung. Viele Teilnehmer hatten diese als einseitig zu Lasten von Schwellenländern empfunden.

Mexiko geht voran - Neuseeland kehrt um

Mexiko hat bei der UN-Klimakonferenz für den Zeitraum von 2002 bis 2050 eine Halbierung seiner Treibhausgas-Emission versprochen.

Umweltminister Juan Rafael Elvira sagte in Poznan, er hoffe, dass diese Zielsetzung die reichen Länder zu finanziellen Zusagen bewegen werde, die den Entwicklungsländern bei der Umsetzung ihrer Klimaziele helfen sollen.

Die Selbstverpflichtung Mexikos gehört zu den ehrgeizigsten Klimazielen in der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Neuseeland hingegen vollzieht in der Klimapolitik eine Rolle rückwärts.

Die neue Mitte-Rechts-Regierung hob das Bauverbot für neue Kohlekraftwerke auf, das die linke Vorgängerregierung erlassen hatte.

Die Regeln zum Emissionshandel sollen ebenfalls entschärft werden.

Die Verpflichtung der Mineralölindustrie zur Beimischung von 0,5 Prozent Biosprit jetzt und 2,5 Prozent ab 2012 werde gestrichen, kündigte gestern Energieminister Gerry Brownee an.

Berliner Zeitung, 13.12.2008

QUESTIONS

1. Um welchen Preis handelt es sich hier? (50 mots – 2,5 points)
2. Was hat Angela Merkel getan, um diesen Preis zu verdienen? (50 mots – 3 points)
3. Wo liegt der Unterschied zwischen Mexiko und Neuseeland in der Klimakonferenz? (50 mots – 2,5 points)
4. Was kommen nun für positive Fortschritte bei der Klimakonferenz in Poznan heraus und auch was für negative? (180 mots – 12 points)